



Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Gesundheit

Ausschussdrucksache
17(14)0259(14)
gel. VB zur öAnhörung am 25.4.
12_Brustimplantate
23.04.2012

München, 23.4.12

STELLUNGNAHME

zum Antrag der Abgeordneten Harald Weinberg, Kathrin Vogler, Diana Golze,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Opfer des Brustimplantate-Skandals unterstützen – Keine Kostenbeteiligung bei medizinischer Notwendigkeit

(BT-Drs. 17/8581) vom 07.02.2012

Die BAGP beobachtet mit großer Sorge die Entwicklung eines pseudo-medizinischen Sektors, der mit seinen Angeboten die individuelle Gestaltung des menschlichen Körpers verspricht, um wandelbaren Schönheitsidealen zu entsprechen.

Die Politik hat diese Entwicklung in den letzten Jahren unter dem Gesichtspunkt einer prosperierenden Gesundheitswirtschaft fast durchgängig begrüßt.

Aus Patientensicht besteht nunmehr dringender Handlungsbedarf die körperliche Unversehrtheit und den Verbraucherschutz mit dem wachsenden Gesundheitsmarkt in Einklang zu bringen und schädlichen Entwicklungen entgegen zu wirken.

Die BAGP fordert:

- **Die vollständige Streichung des § 52 SGB V**
- **Die Verbesserung der Medizinproduktehaftung und -Zulassung**
- **Eine steuerfinanzierte Aufklärung zu Risiken von medizinisch unnötigen körperverändernden Maßnahmen**

Zu den Forderungen im Einzelnen:

- **Streichung des § 52**

Die BAGP fordert die vollständige Streichung des § 52 SGB V rückwirkend zum 1.1.2012. Der Paragraph hat sich weder bewährt, noch ist dadurch die GKV in einem relevanten Umfang entlastet worden.

Zudem ist die im § 52 SGB V eingebrachte Selbstverschuldenshaftung aus ethischer und ordnungspolitischer Sicht abzulehnen, was wir bereits anlässlich des GKV-Wettbewerbstärkungsgesetzes im Zusammenhang mit der Chronikerregelung vertreten haben.

In der aktuellen Situation muss zudem für die GKV Klarheit geschaffen werden, dass eine Explantation der PIP- und weiterer schadhafter Brustimplantate geboten und rechtssicher zulasten der GKV zu erbringen ist.

- **Verbesserung der Medizinproduktehaftung**

Aus Sicht der BAGP müssen dringend die Medizinproduktezulassung, die Qualitätssicherung sowie die Haftung für Medizinprodukte verbessert werden.

Bereits im Januar haben wir eine Neuorganisation der Zulassungsregelung von Medizinprodukten durch unabhängige und neutrale Institutionen gefordert, weil die bisherigen Prüfschritte durch die Hersteller nicht ausreichend patientensicher sind.

Regelungen analog der Zulassung von Arzneimitteln müssen mindestens in den Klassen II und III eingeführt werden. Hierfür müssen – am besten EU- einheitlich – die Behörden juristisch und personell ausreichend mit Prüfungskompetenzen ausgestattet werden.

Die BAGP fordert darüber hinaus, dass bei medizinisch unnötigen Eingriffen eine **Anwender-Medizinproduktehaftung** eingeführt wird, welche die Erbringer der Leistungen in die Pflicht nimmt, sich seriöse Medizinprodukte zu beschaffen. Diese Maßnahme soll die in Medienberichten als Schnäppchenjägerei bezeichnete und den Opfern unterschobene Preisspirale in den Griff nehmen.

Im Fall der PIP- Brustimplantate zeigten Einsparungen im zweistelligen Bereich und im Bereich der Gesamtkosten von 5-10.000 € überdeutlich, dass solche Preisvorteile nicht der einzelnen Patientin, sondern dem Anbieter, der massenhaft solche Produkte einsetzt, Profit bringt.

Diese spezielle Haftung bei medizinisch unnötigen Maßnahmen soll z.B. durch eine spezielle verpflichtende Versicherung oder einen durch die Anbieter wie „ästhetische“ Chirurgen etc. zu finanzierenden Fonds gewährleistet werden, der auch die Haftung bei kriminellem Hintergrund übernimmt.

- **Steuerfinanzierte Aufklärung zu Risiken der unnötigen körperverändernden Maßnahmen**

Die BAGP fordert den Gesetzgeber auf, die ausufernde „Gesundheitswirtschaft“ an den Stellen mit Aufklärungskampagnen zu flankieren, an denen gesundheitliche Schäden drohen. Dazu soll von Anbietern, die in die körperliche Unversehrtheit eingreifen, eine Steuer erhoben werden, die zweckgebunden in den Etat z.B. der BZGA eingespeist wird.

Die BZGA soll mit diesen Mitteln Aufklärungskampagnen durchführen, die geeignet sind, zum einen die Risiken und Konsequenzen von „schönheitschirurgischen“ Eingriffen vollständig darzustellen und zum anderen dem Trend entgegen zu wirken, ein ganzheitlich Gesundheitsverständnis zu vernachlässigen.